

29. IV. 1919

48

Der preussische Minister des Innern über die Verwaltungsreform.

✱ Berlin, 28. April. (Telegr.)

Der preussische Minister des Innern Wolfgang Heine hat vor einigen Tagen in einer Versammlung der Danziger Mehrheitssozialisten interessante Ausführungen über die geplante Reform des Verwaltungsdienstes in Preußen gemacht. Nach dem Bericht des Danziger mehrheitssozialistischen Blattes äußerte Minister Heine etwa folgendes:

Ob das Amt des Oberpräsidenten in der bisherigen Weise wird beibehalten werden, sind wir noch nicht sicher. Gelingt es, die zentralisierte Verwaltung Preußens aufrechtzuerhalten, wie es unser Wunsch ist, dann ist das Amt des Oberpräsidenten in mancher Beziehung überflüssig. Es kann verbunden werden mit dem Amt, das jetzt der Landeshauptmann innehat. Wenn aber aus Preußen eine Anzahl unabhängiger kleiner Provinzialrepubliken wird, dann gewinnt das Amt des Oberpräsidenten eine große Bedeutung, denn dann ist der Oberpräsident die Behörde, die die Politik der Regierung in diesen einzelnen Republiken gegenüber den auseinanderstrebenden Elementen vertreten muß. Darum müssen wir die Frage, wie das Amt des Oberpräsidenten umgestaltet werden muß, noch der Zukunft überlassen. Das Amt des Regierungspräsidenten wird, das allerwichtigste sein, denn der Regierungspräsident ist gewissermaßen die Hand, die die Regierung in der Verwaltung überhaupt noch hat. Er ist das Organ, durch das die Einheitlichkeit der Gesetzgebung und Gesetzesanwendung der Verwaltung im ganzen preussischen Staat ausgeübt wird von der Zentralstelle aus. Wenn man noch so sehr für Selbstverwaltung und Zentralisation eingenommen ist, wird man doch zugeben müssen, daß bei der Einheitlichkeit im großen politischen und wirtschaftlichen Leben eine gewisse straffe Einheit in der Verwaltung, in der Auslegung der Gesetze unentbehrlich ist, und daß Organe für die Vollstreckung des zentralisierten Willens des Volkes vorhanden sein müssen. Ein solches Organ wird der Regierungspräsident sein. Die Regierung muß für diesen Posten einen Mann finden, der im Einklang mit den politischen Tendenzen der Regierung arbeitet. Der Landrat soll der Vertreter des Kreises, ein Kommunalbeamter des Kreises werden, nicht ein politischer Beamter der Regierung, sondern der Vertrauensmann der Kreisangehörigen, ungefähr das, was in den Städten der Bürgermeister ist. Nach unsern Plänen soll er nur auf Zeit gewählt werden und sich nach etwa zwölf Jahren einer Neuwahl unterziehen. Die Aufgaben der Kommunen sollen in vielen Fällen erweitert, die Polizei grundsätzlich den Gemeinden übertragen werden, natürlich mit der Oberaufsicht des Staates für die Maßnahmen, die nur in gemeinsamer Weise geregelt werden können, wie Gesundheitspolizei, Wohlfahrtspolizei usw.

Der Minister verteidigte sich dann gegen den in der sozialistischen Presse oft gehörten Vorwurf, daß die bisherigen Inhaber der Landratstellen nicht schnell und radikal genug durch Männer der neuen Zeit ersetzt worden seien. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Nahrungsmittelversorgung, die in den Händen der Landräte, der Vertrauensleute der die Agrarprodukte erzeugenden Bevölkerung lag und schwer erschüttert worden wäre, hätte man die Leitung einem zu jähen Wechsel ausgesetzt. Weiter erkennt der Minister an, daß nur sehr wenige Landräte der Politik der neuen Regierung direkten Widerstand entgegengesetzt hätten, während allerdings sehr viele nicht mit dem Herzen dabei seien. Das könne er ihnen nicht verübeln, und im Grunde seien ihm diejenigen, die aus ihrer Abneigung kein Hehl machten, lieber als jene, die sich nun plötzlich als Mehrheitssozialisten entdeckten.

Aber die allgemeinen Grundsätze bei der Besetzung der obersten Verwaltungsstellen äußerte sich Heine folgendermaßen:

Bei meinem Amtsantritt bin ich gebeten worden, in die Verwaltung neues, frisches Blut zu bringen. Wir waren genötigt, uns mit den beiden Mehrheitsparteien zu einigen, die ja auch das Recht hatten, in dieser Beziehung die Politik zu kontrollieren. Wir haben für Pommern einen Oberpräsidenten der Demokratischen Partei, wir haben in Schlesien und Schleswig-Holstein Männer aus dem Volke, Arbeiter, Genossen unserer Partei, die sich bereits in die Verwaltung eingearbeitet haben, ernannt. Wir werden weiterhin auch Männer aus den Fraktionen an solche Plätze berufen. Doch darüber werden wir uns alle klar sein müssen: Mit der Gesinnung allein kann man kein Amt ausüben. Praktische Erfahrung, guter Wille, Hingabe und Fleiß gehören dazu. Ich sehe mit Freuden, wie gut es geht auch mit den Oberpräsidenten, die keine Juristen sind.

Zimmerhin scheint es mit dem vollwertigen Ersatz der alten Verwaltungsbeamten durch der jetzigen Regierung genehmere Anwärter noch ziemlich zu hapern, denn der Minister gibt zu, daß es an geschulten Kräften fehle, und erklärt weiter, daß der größte Teil seiner Arbeitszeit in Anspruch genommen werde durch die Erledigung von Besuchen von Leuten, die jetzt Regierungspräsident, Landrat usw. werden wollten. Der Drang zur Parteilippe erfährt durch diese Bemerkung des Ministers Heine eine hübsche Illustration. Die ganze innere Verwaltung soll umgearbeitet werden, wozu die Vorkarbeiten schon von einem hervorragenden Fachmann in Angriff genommen seien. Gleich nach Erledigung des Etats will Heine der Landesversammlung den Verfassungsentwurf für Preußen vorlegen, ohne dabei auf das Reich zu warten. Der Minister schloß mit dem Bekenntnis zu einem starken, einheitlichen Deutschland und Preußen.